

Castoren rollen Ende Oktober

Gegner kündigen Protest an

Wesermarsch. Im Frühjahr war der geplante Castor-Transport wegen der Covid-19-Pandemie kurzfristig ausgesetzt worden. Jetzt rechnen die im Arbeitskreis Wesermarsch organisierten Atomkraftgegner damit, dass der verschobene Transport mit hochradioaktiven Abfällen aus dem britischen Sellafield über Nordenham nach Biblis in wenigen Wochen nachgeholt wird. Arbeitskreis-Sprecher Hans-Otto Meyer-Ott und seine Mitstreiter fordern klare Angaben darüber, ob die in Frage kommenden Schiffe für den Transport überhaupt geeignet sind.

Der Arbeitskreis Wesermarsch erwartet den Castor-Transport über den privaten Midgard-Hafen in Nordenham zwischen dem 26. Oktober und dem 6. November. Bei dem Transport geht es um sechs von insgesamt 20 Castor-Behältern mit Abfällen aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in Sellafield. Die Transportgenehmigung für den Seeweg und die Schiene in ein Zwischenlager des stillgelegten Kernkraftwerks Biblis in Hessen gilt bis zum 31. Dezember. Die damit beauftragte Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) hatte vor einer Woche mitgeteilt, dass die Vorbereitungen für den verschobenen Rückführungstransport wieder aufgenommen wurden. Die genauen Termine und Routen unterliegen aus Sicherheitsgründen der Geheimhaltung. Die europaweit vernetzten Atomkraftgegner wollen die Ankunft der atomaren Fracht deshalb durch Beobachtung des Hafens Sellafield sowie der GPS-Daten der infrage kommenden Schiffe vorhersagen. Sobald der Frachter unterwegs ist, werde Alarm ausgelöst, um den Transport mit Protestaktionen am Nordenhamer Bahnhof, in Oldenburg und Bremen zu begleiten, kündigte Meyer-Ott an.



Talsperren leiden unter Trockenheit

Nach trockenen Monaten auch in diesem Jahr ist die Lage in den Talsperren der Harzwasserverwerke angespannt. Die sechs Sperren seien zu 39 Prozent gefüllt, „rund 20 Prozentpunkte unter dem langjährigen Mittel zum jetzigen Zeitpunkt“, sagte Unternehmenssprecherin Marie Kleine. An der Okertalsperre im Kreis Goslar sei die Trockenheit besonders zu spüren. Die Trinkwasserversorgung in weiten Teilen Niedersachsens und Bremens ist demnach aber nicht gefährdet. Um der anhaltenden Trockenheit entgegenzuwirken, hätten die Harzwasserverwerke frühzeitig verschiedene Maßnahmen ergriffen wie etwa das Pumpen von Wasser in die wichtigste der Sperren im Granetal.

TEXT: DPA/FOTO: SWEN PFÖRTNER

Die Rückkehr des Ypsilon

Neubaupläne der Bahn schrecken Bürgerinitiativen, Grüne und selbst die Landesregierung auf

VON PETER MLODOCH

SCHADSTOFFE AN FÖRDERANLAGEN

Erdgas-Branche startet Langzeit-Luftmessungen

Hannover. Die Erdgas-Industrie in Niedersachsen lässt die Schadstoff-Immissionen in der Umgebung von Erdgasförderanlagen prüfen. Die Messungen, die am Donnerstag begannen, sollten die Konzentration von aromatischer Kohlenwasserstoffen in der Luft über ein ganzes Jahr erfassen, teilte der Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie mit. Dazu seien 70 Messpunkte an Wohnorten mit geringer Entfernung zu einer Erdgas-Förderanlage installiert worden. Zu den aromatischen Kohlenwasserstoffen gehört beispielsweise Benzol, das krebserregend und giftig ist. „Wir machen unsere Aktivitäten messbar und erwarten faktenbasierte Bewertungen zu Immissionen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Ludwig Möhring. In der Vergangenheit hatten Anwohner wegen befürchteter Gesundheitsgefährdung gegen die Erdgasförderung protestiert.

DPA

KONTROLLE DURCH BETRIEBSARZT

36 Corona-Fälle in Sögeler Schlachthof

Sögel. Im emsländischen Sögel sind 36 Beschäftigte des Schlachthofes Weidemark mit dem neuartigen Coronavirus infiziert. Es handele sich überwiegend um Mitarbeiter von Subunternehmen der Weidemark Fleischwaren GmbH & Co. KG, teilte der Landkreis Emsland am Donnerstag mit. Alle Betroffenen seien in Quarantäne. Die Fälle hätten sich bei Tests durch den Betriebsarzt ergeben. Nach Angaben der Gemeinde Sögel werden die rund 2000 Mitarbeiter des Schlachthofes regelmäßig auf das Virus getestet. Wegen der neuen Fälle wurden vom Landkreis engmaschige Kontrollen sowie das Tragen von FFP-2-Schutzmasken auf dem Gelände angeordnet. In der Corona-Pandemie gab es bereits mehrere große Ausbrüche auf Schlachthöfen. Weidemark gehört zur Tönnies-Gruppe.

DPA

NACH VERMISSTENMELDUNG

Polizei findet Leiche in Wohnung

Syke. In einer Wohnung in Syke im Landkreis Diepholz hat die Polizei einen toten Mann gefunden. Ob es sich um den Mieter handele, sei noch nicht klar, teilten die Beamten am Donnerstag mit. Auch die Todesursache sei noch nicht geklärt. Ein Tötungsdelikt könne derzeit nicht ausgeschlossen werden. Die Polizisten hatten wegen einer Vermisstenmeldung am Nachmittag die Wohnung in der Bahnhofstraße betreten. Derzeit seien Spezialisten der Spurensicherung vor Ort, hieß es weiter. Die Ermittlungen der Polizeiinspektion Diepholz dauern an.

DPA/LOD

REDAKTION NIEDERSACHSEN

Telefon 0421/36 71 32 00

Mail: niedersachsen@weser-kurier.de

Hannover. Anwohner und Bürgerinitiativen befürchten bereits eine Wiedergeburt der eigentlich längst begrabenen Y-Trasse, der umstrittenen Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Hannover, Bremen und Hamburg. Grund für die Sorgen sind neue Pläne der Bahn AG, es nicht mehr nur bei der 2015 im Dialogforum Schiene Nord unter dem Projektnamen „Alpha E“ verabredeten und schon begonnenen Erüchtigung bestehender Gleisverbindungen im Dreieck der drei Großstädte zu belassen. Das Staatsunternehmen denkt mittlerweile auch daran, längere Teilstrecken ganz neu zu errichten. Im Gespräch ist eine zweigleisige Trasse von Stelle (Landkreis Harburg) bis in den Süden von Uelzen. Diese würde rund 70 Kilometer durch die Heide zusätzlich zur bestehenden ICE-Strecke Hamburg-Hannover laufen und dabei größere Ortschaften wie Lüneburg, Bad Bevensen und Uelzen außen vor lassen.

Reine Zukunftsmusik? Die Bahn AG hat sich mittlerweile den „Deutschlandtakt“ auf die Fahnen geschrieben – mit halbstündigen Abfahrten aus den Metropolen und deutlich reduzierten Fahrtzeiten. „Nach den ersten Ergebnissen der Vorplanungen sind die vorläufigen Ziele voraussichtlich mit einer reinen Ausbaustrecke nicht erreichbar“, gab jetzt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann (CDU), auf eine Bundestagsanfrage des Grünen-Abgeordneten Sven-Christian Kindler aus Hannover zur Umsetzung des „Alpha E“ zu. Ziel sei eine wirtschaftliche Umsetzung unter Berücksichtigung der prognostizierten Verkäufe, schreibt der Bahnbeauftragte der Bundesregierung in seiner Antwort. „Dabei sind alle sich aufdrängenden Varianten zu betrachten.“

Für Kindler bedeutet dies einen klaren Bruch der vor fünf Jahren beschlossenen Vereinbarung des Dialogforums aus Bahn, Bürgerinitiativen, Bund, Land Niedersachsen und Anlieger-Kommunen. Am 5. November 2015 habe Staatssekretär Ferlemann in Celle höchstpersönlich zugesichert, dass das „Alpha E“ als Ersatz der Y-Trasse ganz ohne Neubaustrecken realisiert werde. „Wenn die Bundesregierung den Konsens von Celle durch die Hintertür aufkündigt, ist das gefährlich für das Projekt und die notwendige Akzeptanz in der Region“, kritisiert Kindler im Gespräch mit dem WESER-KURIER und fordert volle Transparenz.

Widerstand in der Region

„Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung jetzt alle Karten auf den Tisch legt.“ Zuvor hatte schon der Projektbeirat Alpha E den Staatssekretär an sein damaliges Versprechen „kein Ypsilon mehr, keine Neubaustrecken“

erinnert und einen „erheblichen Widerstand in der Region“ prophezeit, sollte die Planung jetzt erweitert werden.

Ferlemann widerspricht: „Das ist Unsinn.“ Es gehe nicht um einen Neubau, sondern um eine reine Ausweich- und Umgehungsstrecke, betont er im Gespräch mit dem WESER-KURIER. Dies sei vom damaligen Kompromiss sehr wohl gedeckt. Die bisherigen Ausbaupläne mit einem dritten Gleis seien teilweise technisch gar nicht machbar. „Das ist in der Theorie gut gedacht, in der Praxis kriegen wir das nicht hin.“ So müssten in Bad Bevensen ganze Häuserreihen abgerissen werden. Außerdem rebellierten einige der betroffenen Kommunen vehement gegen die bisher vorgesehenen Lösungen, berichtet der Staatssekretär. „Wenn wir nicht durch die Orte kommen, fahren wir eben außen rum.“ Dass die Bahn dabei weitere Varianten etwa parallel zur Autobahn 7 bewerten müsse, sei allein dem Planungsrecht und den Anforderungen

des Bundesverwaltungsgerichts geschuldet.

Kindler und der Projektbeirat vermuten dagegen einen ersten Schritt hin zum alten Ypsilon. Die Züge sollten Tempo 300 fahren können sowie Güter- und Personenverkehr getrennt werden. „Beides geht nur auf Neubaustrecken.“ Die Kritiker fühlen sich durch das Ende Juni vorgelegte dritte Gutachten zum Deutschlandtakt, das Verkehrswissenschaftler für die Bahn erstellt haben, bestätigt. Darin findet sich neben einer Tempo-300-Strecke von Hannover nach Bremen und Bremerhaven auch eine Hochgeschwindigkeitstrasse von Hamburg ins Rheinland. Diese führt durch die Heide, lässt Hannover links liegen und trifft dann westlich der Landeshauptstadt auf den neu zu bauenden Abschnitt Seelze-Bielefeld. Der Blick auf die Karte erinnert zumindest entfernt an ein Ypsilon.

Althusmann hält an Ausbau fest

So betrachtet auch Niedersachsens Verkehrsminister Bernd Althusmann (CDU) die neuen Pläne skeptisch: „Unsere Erwartung ist, dass Bund und Bahn sich an die 2015 gemachte Zusage halten und Alpha E als Ausbauprojekt ohne Verzögerung realisieren“, fordert der Ressortchef. „Wir brauchen jetzt eine Verbesserung für den Personen- und Güterverkehr auf der Schiene.“ Zwar begrüße er die Idee eines Deutschlandtakts mit gut aufeinander abgestimmten Verbindungen und Umsteigemöglichkeiten ausdrücklich. Aber dieser Takt sei auch mit dem Alpha E machbar, argumentiert Althusmann. „Deutschlandtakt heißt nicht, dass man überall mit Tempo 300 fahren muss.“ Wichtig sei vielmehr, die Anschlussmöglichkeiten gut aufeinander abzustimmen. „Ziel muss es sein, die Fahrzeit von Tür zu Tür deutlich zu verkürzen. Und das erreichen wir eben auch dadurch, dass unnötige Wartezeiten auf Bahnhöfen massiv reduziert werden.“

Die Bahn AG hat sich den „Deutschlandtakt“ auf die Fahnen geschrieben. Halbstündige Abfahrten aus den Metropolen und deutlich reduzierte Fahrtzeiten im Güterverkehr sollen die Schiene vorantreiben.



FOTO: MALTE CHRISTIANS/DPA

AUS DEM NOTIZBLOCK

Von Fantasienamen und artgerechten Unterkünften



Peter Mlodoch
und die Woche in Hannover

Ob er sticht unter. Dieser aus Kartenspielen stammende Grundsatz passt normalerweise auch wunderbar auf die Politik. Aber nicht immer. Da hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach der Corona-Konferenz mit den Ministerpräsidenten ein 50-Euro-Bußgeld für Gästelisten-Schummelerei verkündet und als Adressaten dafür die Wirte genannt. Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil (SPD) dagegen bezog die Sanktion kurze Zeit später auf mögliche Gäste, die sich mit Fantasienamen – ganz beliebt dabei „Merkel“ – eintragen. Ein Bund-Länder-Konflikt? Ein drohendes Machtwort aus Berlin? Nein, Weil blieb ohne eigenes Zutun Sieger. Noch am späten Abend stellte das Bundespresse-

amt von sich aus klar, dass das Bußgeld „von den Gästen zu entrichten ist“.

Niedersachsens Agrarministerin Barbara Otte-Kinast und ihr Wissenschaftskollege Björn Thümler (beide CDU) betreiben jetzt einen Beherbergungsbetrieb. Sie eröffneten auf dem Blühstreifen, der vor beiden benachbarten Amtssitzen verläuft, ein schickes Insekten-Hotel. Das von Azubis der Landesforsten gebaute Holzhaus soll künftig Hummeln, Wildbienen und Ohrwürmern eine artgerechte Unterkunft gewähren. „Das ist eines der schönsten Gebäude ins ganz Hannover“, schwärmte Otte-Kinast und lud Schulen, Finanzämter und andere öffentliche Institutionen zum Nachahmen ein. Dass ein paar Meter der Blumenwiese für die Errichtung des Hotels gemäht werden müssten, sei nicht weiter schlimm, beruhigte Thümler. „Das wird schnell wieder einwachsen.“ Da schmeckte der zum Festakt passenderweise gereichte Bienenstich umso besser.

Sage noch einer, Hannover verliert unter seinem neuen Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) den Faden. Im Gegenteil: Derzeit bessern Auszubildende mit Pinsel und Farbe das aufgemalte Pflasterband aus, das in der Innenstadt Sehenswürdigkeiten und historische Orte verbindet. Als „Roter Faden“ ist das vor fast 50 Jahren entwickelte Ding samt dazugehörigem Drei-Euro-Büchlein bei Bewohnern Kult und bei Touristen beliebt. Allerdings gibt es wegen der Kosten für farbliche Auffrischungen der 4,2 Kilometer langen Strecke immer wieder Ärger. Dass jetzt 500 Meter neues Rot erhalten, ist der Gratis-Hilfe der Maler- und Lackiererin zu verdanken. Der Faden sei schließlich ein „hervorragendes Angebot“, betonte deren Chef Friedrich Stöter. Der Stadtverwaltung ist dieses Geschenk nun offenbar etwas peinlich. Man werde „eine langfristige Lösung und die entsprechende Finanzierung“ prüfen, teilte das Rathaus mit.

hannover@weser-kurier.de

STOSS AUS DEM FENSTER

35-Jähriger muss neun Jahre ins Gefängnis

Hannover. Weil er seine Freundin über mehrere Stunden misshandelt und aus einem Hotelfenster gestoßen hat, muss ein 35-Jähriger für neun Jahre ins Gefängnis. Das Landgericht Hannover verurteilte den Deutschen am Donnerstag wegen versuchten Totschlags und schwerer Körperverletzung. Seiner 23 Jahre alten früheren Freundin muss der Mann 60.000 Euro Schmerzensgeld zahlen. Die junge Frau erlitt bei dem Sturz aus dem vierten Stock im Februar 2020 eine Wirbelkörperfraktur sowie Brüche der Arme, Beine und des Beckens. Sie geht nach Auskunft eines Gerichtssprechers immer noch an Krücken und wird ihr Leben lang stark beeinträchtigt sein. Der Vorsitzende Richter sprach von einem „Martyrium“. Der Angeklagte habe die Frau aus nichtigem Anlass gequält, sie gezwungen, auf das Fensterbrett zu steigen und schließlich heruntergeschubst. In der Verhandlung hatte der Angeklagte zu den Vorwürfen geschwiegen. Bei der Polizei hatte er dem Gerichtssprecher zufolge angedeutet, die 23-Jährige sei freiwillig gesprungen.

DPA